

Beschlossene Anträge der 139. Landesdelegiertenkonferenz

A1: Unterstützung des Wir fahren zusammen Bündnisses

Antragstellend: BSV Köln

Antragstext: Die 139. LDK möge beschließen, dass diese das Wir fahren zusammen Bündnis zwischen FFF und ver.di, sowie deren Bündnispartner der EVG und die dazugehörigen Forderungen unterstützt, sowie durch Aufrufen auf Instagram zu den anstehenden Demonstrationen und durch Weiterleitung von Infomaterial an die BSVen teilt.

Begründung: Am 01.03. steht die Klimagerechtigkeit Bewegung Hand in Hand mit den Gewerkschaften ver.di und EVG auf der Straße, um für einen besseren ÖPNV zu demonstrieren. Der ÖPNV ist das Herzstück der sozialen und klimafreundlichen Mobilität für alle. Die Beschäftigten des Nahverkehrs sichern mit ihrer Arbeit täglich die Mobilität von über 22 Millionen Menschen. Auch viele Schüler*innen in NRW fahren täglich mit dem ÖPNV zur Schule. Doch in vielen ländlichen Gebieten und auch in der Stadt sind die Anbindungen schlecht und der ÖPNV wird nicht weiter ausgebaut. Um die notwendige Verkehrswende anzutreiben, benötigt es bis 2030 eine Verdoppelung des ÖPNVs. Doch das wird nur mit besseren Arbeitsbedingungen, guter Bezahlung und massiven Investitionen in den ÖPNV-Ausbau möglich sein. Stattdessen ist der Alltag im ÖPNV bislang bestimmt durch extreme Arbeitsbelastung, hohe Krankheitsstände und Personalmangel, Fahrtausfälle, schlechte Taktungen oder überfüllte Busse und Bahnen.

Die Streikenden im ÖPNV sind die Menschen, die uns täglich zur Schule bringen. Faire Arbeitsbedingungen und bessere Löhne kommen nicht durch nichts, es braucht Streiks, um Druck aufzubauen und die Verhandlungen zu unterstützen. Zudem erzeugen wir durch unsere Beteiligung einen höheren politischen Druck, der Verhandlungen beschleunigen kann. Wenn Streiks von Arbeiter*innen erfolgreich sind, hilft das auch unseren Protesten als Schüler*innen in NRW.

Zudem bietet der ÖPNV ein kostengünstiges Fortbewegungsmittel für Schüler*innen und ermöglicht so auch größere Chancengleichheit.

Die Kampagne läuft schon seit Monaten und im Zuge dessen wurde an Demos teilgenommen, Streiks wurden unterstützt, sowie zehntausende Unterschriften gesammelt. Da die LSV NRW sich klar für verminderten Energieverbrauch einsetzt, ist es logisch, sich für einen besseren ÖPNV einzusetzen. Zudem ist FFF eine von Schüler*innen getragene Organisation, die aufzeigt, was wir erreichen können auf der Straße. Im Arbeitsprogramm der LSV NRW ist sogar Beteiligung an Bündnissen und Demos zum Thema Klimagerechtigkeit vorgesehen.

Wenn wir uns Unterstützung von FFF und den Gewerkschaften für den Bildungsprotest-Tag wünschen, wäre es ein guter erster Schritt, unsere Solidarität zu zeigen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

A2: Nutzung eines Antrags Tools auf LDKen

Antragstellend: [REDACTED]

Antragstext: Die 139. LDK möge beschließen, dass sich der Landesvorstand ggf. gemeinsam mit dem Landessekretariat und den Landesverbindungslehrer*innen Tools zur digitalen Antragsverwaltung wie AntragsGrün anschaut und bis zum Anmeldebeginn für die 140. LDK eine Evaluierung über die Nutzung vorstellt. Wenn diese positiv ausfallen sollte, soll ein Tool der Wahl bei der nächstmöglichen LDK eingesetzt werden. Zudem können sich auch Landesdelegierte am Prozess beteiligen und jederzeit Informationen über den Stand abfragen.

Begründung: Die derzeitige Antragsverwaltung über PDFs, verbunden mit händischen Änderungsanträgen scheint nicht immer die effizienteste Variante zu sein und hat auch immer wieder zu Problemen geführt. Auch das späte Einsehen von gestellten Anträgen könnte durch ein Antragstool vereinfacht werden. Viele Verbände, Parteien und Stadtparlamente nutzen Antrags-Tools wie z. B. AntragsGrün. Allerdings gibt es auch Punkte, die gegen ein Antragstool sprechen können, wie die fehlende WLAN-Verbindung in Jugendherbergen, sowie Datenschutzprobleme.

Aus diesen Gründen soll erstmal eine Evaluierung über Vor- und Nachteile stattfinden. Je nach Ausgang kann dann die Nutzung eines Antrags-Tools getestet werden und uns im besten Fall die Arbeit erleichtern und transparenter machen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

A3: Organisation der angenommenen Anträge - angenommen

Antragstellend: [REDACTED]

Antragstext: Die 139. LDK möge beschließen, dass alle ab der 140. Landesdelegiertenkonferenz alle beschlossenen Anträge dauerhaft z. B. auf der Internetseite der Landesschüler*innenvertretung NRW zur Verfügung gestellt werden.

Zusätzlich können sich auch Landesdelegierte am Prozess beteiligen und jederzeit Informationen über den Stand abfragen.

Begründung: In Vergangenheit werden immer wieder viele Anträge auf LDKen behandelt und auch angenommen. Danach werden diese aber oft vergessen und sind meist auch nur schwierig auffindbar. Um dieses Problem zu lösen, soll ein Ort geschaffen werden, an dem diese gesammelt werden. Dies ermöglicht es auch neuen Landesdelegierten und Gästen, einen leichteren Zugang auf alte Anträge zu haben und vermeidet Überschneidungen mit neuen Anträgen. Zudem kann so von jeder Person eingesehen werden, welche Anträge nicht weiter beachtet wurden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich

A4: LSV NRW setzt sich für Notenschutz in der Oberstufe ein

Antragstellend: BSV Bonn-Rhein-Sieg, BSV Bielefeld, BSV Köln

Antragstext: Die LSV NRW soll sich für den Notenschutz bei Legastheniker*innen in der Oberstufe sowie auch in den Abiturprüfungen einsetzen. Zudem soll die LSV NRW dazu eine Pressemitteilung verfassen und veröffentlichen.

Begründung: Aufgrund der Legasthenie ist es den Schüler*innen, welche darunter leiden, nicht möglich lange Klausuren, ohne eine vermehrte Anzahl von Rechtschreibfehlern zu bewältigen. Diese Legasthenie kann nicht durch Therapie vermieden werden, sondern nur abgeschwächt werden, da es eine Störung im Hirn ist, welche als eine Behinderung anerkannt worden ist.

Jedoch gilt weiterhin, dass eine sehr hohe Fehlerzahl in Klausuren auftritt. Ab c.a. 20 pro Seite (sowohl Grammatik, Rechtschreib und Kommata Fehler.) dürfen zwei zusätzliche Notenpunkte abgezogen werden, zusätzlich zu den Punkten, welche schon für sprachliche Richtigkeit abgezogen werden. So wird eine 4+ zu einer 4- was ein Defizit ist und somit das Abitur gefährdet. Nun wird oft das Argument verwendet, dass im Leben nach dem Abitur weiterhin viel auf Rechtschreibung geachtet wird, allerdings ist die Arbeitswelt weitergehend digitalisiert, und dadurch können etliche Rechtschreibüberprüfungen online erfolgen. Weitere Begründung kann, falls nötig, mündlich erfolgen.

A5: Zusammenarbeit mit dem DGB

Antragssteller*in: BSV Bochum, BSV Köln, BSV Essen

Antragstext: Die 139. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW eine dauerhafte Kooperation mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und der DGB Jugend eingeht, sofern der DGB und die DGB Jugend dem zustimmen. Mittelfristig sollen gemeinsame Aktionen durchgeführt und über Materialien des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften des DGB sowie insbesondere über gemeinsame Angebote auf LDKen informiert werden.

Begründung: Der DGB ist der Dachverband der großen deutschen Gewerkschaften und vertritt ähnliche Forderungen wie die LSV NRW. Eine Kooperation erscheint daher naheliegend. Darüber hinaus kann eine solche Zusammenarbeit für die Öffentlichkeitsarbeit und die Projektarbeit der LSV NRW förderlich sein. Weitere Begründung kann mündlich erfolgen.

A6: Mobilisierung jetzt!

Antragsstellend: BSV Düsseldorf und BSV Bochum

Antragstext: Die 139. LDK möge beschließen, dass alle BSVen NRW ab sofort mit der Mobilisierung für den Bildungsprotesttag am 13.03.2024 beginnen können, sowie auch konkrete Informationen, wie das Datum des Protestes verbreiten dürfen und sollen. Des Weiteren soll der LaVo jegliches Material zur Mobilisierung des Bildungsprotesttages ebenfalls den BSVen sofortig zur Verfügung stellen.

Begründung: Der von der LSV geplante Zeitraum für die Mobilisierung des Protestes ist für den Rahmen, in dem dieses Projekt angedacht ist, absolut unzureichend. Des Weiteren wird der von der Landespressekonferenz erhoffte Effekt unserer Meinung nach vom LaVo überschätzt, sodass eine Verkürzung des bereits kleinen Mobilisierungszeitraums wenig sinnvoll erscheint. Dies hindert nicht nur die verantwortlichen BSVen an der Arbeit zur weiteren Verbreitung des Bildungsprotesttags an den Schulen, sondern schadet im Endeffekt auch der öffentlichen Wirksamkeit des Projekts.

A9: Schule ab 09:00 Uhr

Antragsstellend: BSV Steinfurt

Antragstext: Die 137. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW statt des bisherigen Schulbeginns zwischen 07:30 und 8:30 Uhr (BASS 12-63 Nr. 3) einen Beginn zwischen 08:30 und 09:30 Uhr fordert.

Um diese Forderung durchzusetzen, soll der LaVo eine PM zu dem Thema verfassen und veröffentlichen. Außerdem soll diese Position bei einem regulären Gespräch mit dem MSB vertreten werden.

Aufgrund seiner Relevanz für den Alltag vieler Schüler:innen, soll das Thema unter dem Punkt ‚Mental Health‘ mit ins APO aufgenommen werden. Der LaVo soll mögliche basis-Aktionen wie Proteste oder eine gemeinsame Petition prüfen.

Begründung: Die Deutsche Gesellschaft für Schlafforschung und Schlafmedizin (DGSM) fordert einen Schulstart ab 09:00 Uhr, weil es besser zum natürlichen Schlafrhythmus von Jugendlichen passe, später ins Bett zu gehen. Durch die Pubertät ändert sich der Hormonhaushalt, was auch zu einer Veränderung des Schlafrhythmus führt. Der frühe Schulstart zwingt Jugendliche, vor ihrer inneren Uhr schlafen zu gehen, um ihr Pensum zu erreichen. Deutlich effizienter wäre der Schlaf, wenn er mit der inneren Uhr geht und nach hinten verschoben wäre.

Schlafmangel führt zu einer schlechteren Konzentration. Dies wirkt sich logischerweise auch auf die Leistungsfähigkeit aus. Zudem verankern sich Lerninhalte wegen des Schlafmangels deutlich schlechter im Langzeitgedächtnis.

Die Beschwerde über einen späteren Schulschluss erweist sich als Strohmännchen-Argument. Ein verschobener Schlafrhythmus hätte auch einen verschobenen Tagesablauf zur Folge. Hobbys würden sich an die veränderten Schulzeiten anpassen und die Zeit zwischen Schulschluss und Schlafbeginn bliebe gleich, weil sich auch das Zubettgehen und Aufstehen verschieben würde. Die einzige Konsequenz wäre ein erholsamerer Schlaf und ein angenehmerer Tagesablauf. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

A10: Schulreinigung

Antragssteller*in: BSV Bochum

Antragstext: Die 139. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW folgende Forderung vertritt:

Die LSV NRW fordert eine möglichst tägliche Reinigung und regelmäßige Grundreinigung der Schulen des Landes NRW. Dies ist notwendig, da die Reinigungskräfte aufgrund von Zeitdruck (oft nur wenige Minuten pro Klassenraum) nicht in der Lage sind, die Schulen adäquat zu reinigen. So werden Regale, Tische, Lampen etc. oft nicht gereinigt. Eine tägliche gründliche Reinigung der sanitären Anlagen ist ebenfalls notwendig, um diese hygienisch zu halten. Hierfür werden mehr Reinigungskräfte benötigt. Um diese zu werben und im Beruf zu halten braucht es bessere Arbeitsbedingungen, wie z. B. höhere Löhne und weniger Zeitdruck. Der derzeitige Lohn ist zu niedrig und kann, u. a. aufgrund der geringen Stundenzahl der Reinigungskräfte, zu Altersarmut führen. Außerdem soll es eine Tagesreinigung (Daytime-Cleaning) geben, um die Arbeitszeiten zu verbessern und die Sichtbarkeit der Reinigungskräfte bei den Schüler*innen zu fördern.

Begründung: erfolgt mündlich

A11: Kritischer Wirtschaftsunterricht jetzt! -angenommen ☺

Antragsstellend: BSV Bochum

Antragstext: Die 138. LDK möge beschließen, dass die LSV NRW folgende Forderung öffentlich vertritt:

Die LSV NRW fordert einen kritischen Wirtschaftsunterricht, der Ökonomie als politisch und nicht als eine Art ‚Naturwissenschaft‘ vermittelt. Dazu gehört auch, über die Neoklassik hinaus zu denken und Wirtschaftstheorien wie die von John Maynard Keynes und die Modern Monetary Theory (MMT) in den Lehrplan aufzunehmen. Auch andere Wirtschaftsformen jenseits des Kapitalismus sollten in der Schule stärker diskutiert und vermittelt werden. Gleichzeitig lehnt die LSV NRW eine weitere Verwässerung der ökonomischen Bildung ab. Konkret soll die MMT als relativ neue Wirtschaftstheorie behandelt werden, da sie unsere Wirtschaft sehr genau beschreiben kann. Weiters soll ein Blick darauf geworfen werden, dass alle verteilungspolitischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten eine Folge von politischen Entscheidungen sind und nicht aus sich selbst heraus entstehen.

Ein guter und kritischer Wirtschaftsunterricht wird auch als demokratiefördernd angesehen, da politische Debatten und Scheinargumente für die Bevölkerung schneller als falsch erkannt werden.

Grundsätzliche Theorien der Politikwissenschaft wie der Kapitalismus, Sozialismus, Kommunismus sowie Wirtschaftstheorien wie jene von Keynes und die MMT sollten bereits in der Mittelstufe behandelt werden.

Zum Thema kritischer Wirtschaftsunterricht soll auf einer der nächsten zwei LDKen ein Workshop stattfinden bei dem eine*r externe*r Referent*in mit dem nötigen Fachwissen die Thematik für Interessierte weiter erläutert und mehr Austausch stattfinden kann.

Begründung: Das wirtschaftliche Verständnis vieler Schüler*innen ist gering, auch wenn sie sich mehrheitlich mehr Verständnis wünschen. Diesem Wunsch wird in der Schule selten entsprochen. Ein mangelndes Verständnis von wirtschaftlichen Abläufen, Zusammenhängen und Entscheidungen ist langfristig schädlich für die Demokratie. So ist in weiten Teilen der Bevölkerung ein bemerkenswertes Unwissen festzustellen. Dem soll durch diese Forderungen, sofern sie umgesetzt werden, entgegengewirkt werden.